

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand



Fric.matej (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Tank_Leopard_2A7_NATO_Days_2022_(cropped_2).jpg), https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode

Monatlich gedruckt
& täglich unter:
perspektive-online.net

NATO und China auf Konfrontationskurs

Die gegenseitigen Vorwürfe zwischen der NATO und China, die jeweilige andere Partei würde den Frieden in Asien und dem Indopazifik gefährden, werden schärfer. Bauen die USA an einer pazifischen NATO und droht hier der nächste große Krieg? > Seite 3

Die KPD im Kampf gegen den Faschismus

Wo Unterdrückung ist, gibt es Menschen, die sich wehren. Der Widerstand gegen den Hitler-Faschismus hat vielen von ihnen das Leben gekostet. Besonders Kommunist:innen wurden brutal verfolgt. Ihr Vermächtnis bleibt nur lebendig, wenn wir selbst aktiv werden. > Seite 6

Jugend zwischen Krieg und Krise

Der Kapitalismus hat den Jugendlichen aus der Arbeiter:innenklasse kaum irgendeine Perspektive zu bieten. Doch deshalb sollte man nicht den Kopf in den Sand stecken, sondern es lohnt sich um so mehr Widerstand zu leisten. > Seite 7

Sommerarbeitslosigkeit von Lehrer:innen

Ende des Schuljahres und sechs Wochen Sommerferien - für angestellte Lehrer:innen ist dies häufig kein Grund zur Freude, denn oft werden sie über die Ferien entlassen und erst zum neuen Schuljahr wieder eingestellt. Nicht die einzige Ungerechtigkeit. > Seite 8

Rüstungsschmieden wie Rheinmetall erhalten derzeit Rekordaufträge und bauen ihre Produktionskapazitäten aus. In wenigen Jahren wird Deutschland bereit sein, einen möglichen Krieg gegen Russland anzuführen. Allen, die keinen Krieg wollen, bleibt nicht mehr viel Zeit, um sich zusammenzuschließen und der Kriegsmaschinerie Sand ins Getriebe zu streuen. Ein Kommentar von Mohannad Lamees

Im vierten Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung, als die römische Republik gegen einen Stamm im Süden der italienischen Halbinsel kämpfte, ließ der römische Herrscher eine große befestigte Straße, die Via Appia, errichten. Diese strategisch bedeutsame Route, auf der die Römer während ihres Kriegszuges Truppen und Nachschub von Norden nach Süden manövierten, ging als „Regina Viarum“, also Königin der Straßen, in die Geschichte ein. Das Netz von römischen Straßen, das fortan im Zuge des Aufstiegs Roms zum Imperium ausgebaut wurde, ist noch heute in einem Sprichwort verewigt: Alle Wege führen nach Rom.

Auch der deutsche Imperialismus kennt heute vor allem eine Richtung – doch diese führt nicht nach Rom, sondern an die Ostfront. Und die Königin der Straßen ist nicht die

Via Appia, sondern die A2. Denn im „Operationsplan Deutschland“, einem eigentlich geheimen Strategiepapier der Bundeswehr, kommt der Bundesautobahn zwischen Oberhausen im Westen und dem Berliner Ring im Osten eine Schlüsselrolle zu: Auf ihr sollen, wenn ein großer Krieg zwischen der NATO und Russland ausbricht, bis zu 800.000 NATO-Soldat:innen und mit ihnen 200.000 Fahrzeuge und schweres Gerät von Westeuropa an die Ostflanke verlegt werden, um dort gegen die russische Armee zu kämpfen.

Deutschland ist Dreh- und Angelpunkt

Tatsächlich fragen sich viele Militärs und Politiker:innen längst nicht mehr, ob Deutschland in den nächsten Jahren gegen Russland Krieg führen

wird, sondern wann. Expert:innen und Verteidigungsminister Pistorius werfen immer wieder die Jahreszahl 2029 in den Raum – spätestens dann müsse das deutsche Militär, aber auch die deutsche Bevölkerung „kriegstüchtig“ sein. Mitteleuropa und allen voran Deutschland wird dann zum Aufmarschgebiet, von hier aus werden Truppen, Panzer und Artillerie nach Osten gebracht. Und von in Deutschland stationierten Startsystemen aus könnten ab 2026 US-amerikanische Tomahawk-Marschflugkörper Ziele tief im Inneren Russlands angreifen.

In den Reden deutscher Politiker:innen und den Erklärungen der Bundeswehr klingt es nach wie vor oft so, als ob dem deutschen Militär im Krieg gegen Russland eher eine passive Rolle zukommen werde.

Neuaufstellung des Faschismus

Zwischen Europa- und Landtagswahlen ringen die Faschist:innen um die beste Strategie, um ihre Erfolge zu festigen und weiter auszubauen.

AfD, Meloni, Orban, Le Pen – nach der Europawahl haben sich Teile der europäischen Ultrarechten und Faschist:innen in neuen Bündnissen zusammengeschlossen. Dabei geht es

nur vordergründig um die Frage, wie gemäßigt oder radikal die Parteien sich öffentlich geben wollen. Vielmehr steht hinter den neuen Bündnissen harte Geostrategie. > Seite 4

Im September wählen die Menschen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg neue Landtage. Umfragen sagen Erdrutschsieg der AfD vor-

her. Die neue Partei BSW könnte aus dem Stand zweistellige Ergebnisse einfahren. Wie ist die Neuordnung der Parteienlandschaft einzuschätzen? > Seite 5



Klar ist aber mittlerweile längst, dass auch eine Änderung in der US-amerikanischen Politik, zum Beispiel durch die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten, der den Krieg mit Russland beenden will, Deutschland nicht von seinem Aufrüstungskurs abrücken wird. Bundeskanzler Scholz machte beim NATO-Gipfel in Washington im Juli deutlich: „Deutschland ist das größte Land Europas innerhalb des NATO-Bündnisses. Wir werden dieser Verantwortung gerecht werden“. Das bedeutet nicht weniger, als dass Deutschland das Ringen mit Russland und das Ringen um die Einflussgebiete in Osteuropa weiterführen wird, wenn die USA sich unter Trump aus dem Krieg mit Russland zurückziehen und sich stattdessen vollends auf den Konflikt mit China konzentrieren werden. Dass das nicht nur leere Worte sind und Deutschland im Zweckbündnis mit anderen größeren europäischen Staaten eigene Pläne verfolgt, unterstreicht zum Beispiel das jüngst verkündete gemeinsame Vorhaben Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Polens, in den nächsten Jahren eigene Marschflugkörper zu entwickeln. Sollten die USA also ihre Tomahawk unter Trump doch lieber auf chinesische anstatt auf russische Ziele richten, dann stünden womöglich bald eigene ähnliche Waffensysteme bereit. Frankreich und Deutschland planen weiterhin, bis 2040 einen gemeinsamen hochmodernen Kampfpanzer und einen neuen Kampfjet zu entwickeln. Insgesamt 19 europäi-

sche Länder schlossen sich außerdem unter deutscher Führung zusammen, um mit dem „Sky Shield“ die Luft- und Raketenabwehr über Europa mit verschiedensten Waffensystemen zu stärken - darunter dem aus Israel angekauften Arrow 3-System zur Abwehr von Raketen außerhalb der Erdatmosphäre.

Rekorde für Rheinmetall & Co.

Dass Deutschland Waffensysteme aus anderen Ländern kauft, soll dabei die Ausnahme bleiben. Wenn es nach Armin Papperger, dem Chef des größten deutschen Rüstungskonzerns Rheinmetall geht, sollen die Milliarden an deutschen Steuergeldern, die momentan vom deutschen Staat für die Aufrüstung verplant und ausgegeben werden, zu einem großen Teil in seine Kassen fließen. Und diesem Wunsch wird entsprochen: Nachdem Papperger vor allem im ersten Jahr nach dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs immer wieder monierte, dass bei der Aufrüstung der Bundeswehr ein zu langsames Tempo eingeschlagen werde, zeigt sich der Konzernchef mittlerweile zufriedener. Denn 30 bis 40 Milliarden aus dem sogenannten Sondervermögen für die Bundeswehr über insgesamt 100 Milliarden werden in den nächsten Jahren an Rheinmetall fließen.

Wenn die Bundesregierung und Kanzler Scholz betonen, dass eine starke

Verteidigung eine „solide industrielle Grundlage“ brauche, dann ist die Marschroute klar vorgegeben: Deutsche Waffenschmieden wie Rheinmetall, aber auch ThyssenKrupp, Diehl oder Renk sollen Aufträge aus ganz Europa bekommen, um die Kampffähigkeit gegen Russland zu erhöhen – was einerseits die Kassen der Rüstungsschmieden schon jetzt klingeln lässt wie nie und andererseits dem deutschen Staat langfristig neben seiner wirtschaftlichen auch zu größerer militärischer Macht in Europa verhilft. Anders gesagt: Je mehr Panzer, Artilleriegeschütze, Munition und Gerätschaften aus deutscher Produktion irgendwann über die A2 in Richtung Russland rollen, desto besser für deutsche Kapitalist:innen und ihre Politiker:innen.

Nur eine organisierte Arbeiter:innenklasse wird die Aufrüstung stoppen

Wenn Kapitalist:innen Profite einstreichen und mehr und mehr Steuergelder in die Rüstungsindustrie fließen, bezahlt dafür ein Großteil der Arbeiter:innenklasse mit mehr Arbeit, weniger Lohn, Sozialabbau und Kürzungen bei Bildung und Gesundheit. Was aber können wir tun, um die Aufrüstung zu stoppen und einen Krieg zu verhindern? Stehen nicht alle diejenigen, die keinen Krieg wollen, schon längst einer Übermacht gegenüber, die wir nicht besiegen

werden können? Ja, die Kapitalist:innen, die die Nationalstaaten im Sinne ihrer Interessen Kriege führen lassen, sind mächtig. Aber weil nicht die Kapitalist:innen selbst, sondern wir, die Arbeiter:innenklasse ihren Reichtum erwirtschaftet, liegt es letztendlich auch in unseren Händen, der Aufrüstung, der Kriegstreiberei und dem Töten Einhalt zu gebieten.

Noch haben wir unsere Macht nicht erkannt – im Gegensatz zum Beispiel zur Bundeswehr, die in einer öffentlichen Erklärung über ihren „Operationsplan Deutschland“ schreibt: „Die maximale zivile Unterstützung ist ein entscheidender Faktor“. Das heißt im Umkehrschluss auch, dass wir die Möglichkeit haben, die strategischen Überlegungen des deutschen Imperialismus zu durchkreuzen, wenn wir uns als Klasse zusammenschließen und Militär und Kapital unsere Unterstützung entsagen. Wenn die Bundeswehr die Losung „Deutschland. Gemeinsam. Verteidigen“ ausgibt, so müssen wir antworten „Klassenkampf. Gemeinsam. Organisieren“. Den Krieg zu verhindern ist für uns dabei keine moralische Frage – für unsere Klasse geht es ums Überleben, denn wir und die Arbeiter:innen aller anderen Kriegsparteien sind es, die auf Autobahnen an die Front verfrachtet werden sollen und uns gegenseitig für die Interessen einiger Kapitalist:innen erschießen sollen.

Erst im Frühjahr haben uns die Hafenarbeiter:innen Genuas ins Gedächtnis gerufen, was passiert, wenn wir bei diesem Spiel nicht mitspielen und unsere Arbeit verweigern. Als über ihren Hafen Waffen in Richtung Israel verschifft werden sollten, streikten die Arbeiter:innen und verhinderten somit die Lieferungen. Es ist heute an der Zeit, diesem Beispiel auch in Deutschland nachzueifern. Nur gemeinsam werden wir es schaffen, die mächtige Rüstungsindustrie in die Knie zu zwingen und all die Milliarden nicht mehr für Waffensysteme, sondern für das Wohl unserer Klasse auszugeben.

Antikriegstag 2024: Gegen Krieg und Faschismus auf die Straße!

Der 85. Jahrestag des Nazi-Überfalls auf Polen und die Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen, wo die faschistische AfD mit großer Wahrscheinlichkeit stärkste Kraft in den Parlamenten wird, fallen beide auf den 1. September 2024. Die Föderation klassenkämpferischer Organisationen ruft deswegen zum antifaschistischen und antimilitaristischen Kampftag auf.

„...Die Zukunftsvision der AfD ist ein weißes, hochgerüstetes Deutschland, das sich den Rest Europas unterordnet. Davon profitieren nicht wir Arbeiter:innen, sondern deutsche Rüstungskonzerne und Großunternehmen, die an Krieg und Aufrüstung verdienen. Die rassistische Hetze der AfD spaltet uns und verhindert,

dass wir uns gemeinsam dagegen zur Wehr setzen.

Doch welches Deutschland haben uns die anderen Parteien zu bieten? Ein Deutschland, das ‚kriegstüchtig‘ ist und im ‚großen Stil‘ abschiebt. Ein Deutschland, in dem Mieten ins Unermessliche steigen und wir auf dem Amt für unsere Armut mit Schikanen

bestraft werden. Ein Deutschland, in dem die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden...

...Trotzdem ist es möglich, Krieg und Faschismus zu stoppen! Dafür müssen wir als Arbeiter:innen eine kämpferische antifaschistische und Antikriegsbewegung aufbauen, die sich nicht auf die Parlamentsparteien ver-

lässt. Gleichzeitig müssen wir auch konsequent sein: Seit jeher bringt der Kapitalismus Krieg und Faschismus hervor. Es ist Zeit für eine andere Gesellschaft...

...Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Weg mit dem Kapitalismus!“

Mehr unter: fkoonline.org

NATO und China auf Konfrontationskurs

Die gegenseitigen Vorwürfe zwischen der NATO und China, die jeweilige andere Partei würde den Frieden im Asien und dem Indopazifik gefährden, werden schärfer. Droht hier der nächste große Krieg? Ein Kommentar von Kevin Hoffmann.

Während in der öffentlichen Berichterstattung seit dem Beginn des Krieges zwischen Russland und der Ukraine China in den Hintergrund gerückt ist, spitzen sich die Töne zwischen den USA bzw. der NATO und China weiter zu. Dies konnte nicht zuletzt in der Abschlussklärung des NATO-Jubiläums-Gipfels, der im Juli in Washington tagte, abgelesen werden. Appellierte die NATO nach ihrem Gipfel im letzten Jahr noch, dass China eine „konstruktive Rolle“ spielen müsse, so hören sich die Töne in diesem Jahr bereits ganz anders an.

Auch wenn sich die USA mit ihrer Position nicht durchsetzen konnten, China als ebenso große Gefahr für die NATO wie Russland zu benennen, so verurteilte die Abschlussklärung des NATO-Gipfels doch sehr offen die Unterstützung Chinas für den Krieg Russlands in der Ukraine. Laut der NATO würde China diesen Krieg durch seine „grenzenlose Partnerschaft“ mit Russland und der Lieferung von Dual-Use-Gütern, also Gütern die sowohl zivil als auch militärisch nutzbar sind, auf Dauer erst ermöglichen. China seinerseits verurteilte die Erklärung als „voll von Kriegsrhetorik, Verleumdung und Provokationen“

China auf dem Weg zur Weltmacht

Die Zuspitzung der Widersprüche zwischen den USA und China sind dabei nicht vom Himmel gefallen. Seit langem befinden sich beide Staaten in einem Wettrennen um die ökonomische und technologische Vorherrschaft auf dem Weltmarkt und tragen diesen Konflikt in einem immer weiter eskalierenden Wirtschaftskrieg aus. Ökonomisch, aber auch militärisch holt China dabei die USA nicht nur ein, sondern droht diese zu überflügeln und abzuhängen.

Im Mittelpunkt dieses Konflikts steht unter anderem die Insel Taiwan vor der chinesischen Küste und die dort weitgehend konzentrierte weltweite Halbleiterproduktion, sowie die Kontrolle über Meerwege im Pazifik. Sowohl China als auch die USA wollen

sich den Zugang zu dieser Produktion und den wichtigen Seerouten sichern. Vor diesem Hintergrund ist auch das massive militärische Engagement der USA in Asien zu verstehen, sowie die dauerhafte Gefahr einer militärischen Eskalation in der Region.

Geostrategisch baut China seinen weltweiten Einfluss zulasten der USA unter anderem über die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SCO) aus, in der auch Russland, Iran, Indien und Pakistan Mitglied sind. Auch die Türkei als eigentliches NATO-Mitglied hat bereits Interesse an einer Mitgliedschaft in der SCO bekundet. Mit dem Projekt „Neue Seidenstraße“ und der Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) baut China zudem ein Gegengewicht gegen die unter dem Einfluss der USA stehende Weltbank und den Internationalen Währungsfonds (IMF) auf.

Je mehr China seinen ökonomischen, militärischen und geostrategischen Einfluss steigern kann und die USA an Einfluss verlieren, desto schneller dreht sich auch die Eskalationsspirale zwischen diesen beiden Weltmächten. Da beide Mächte um die weltweite Vorherrschaft kämpfen, gibt es kaum Möglichkeiten der dauerhaften Deeskalation in diesem Wettstreit.

Bauen die USA an einer „asiatischen NATO“?

Während chinesische Zeitungen jüngst vor dem Versuch der USA warnten, dass diese gemeinsam mit Japan eine „asiatisch-pazifische Version der Nato“ aufbauen würde und der ehemalige NATO-Befehlshaber James Stravridis gar forderte, Australien, Japan, Neuseeland und Südkorea direkt in die NATO aufzunehmen, dürften die USA und ihre Verbündeten von solchen Plänen in der Region noch weit entfernt sein. Auch aus Europa gibt es Widerstand gegen eine mögliche offizielle Expansion der NATO nach Asien. So verhinderte Frankreich erst kürzlich die Gründung eines dauerhaften NATO-Verbindungsbüros in Japan.

Zwar schließen die USA seit Jahren immer mehr Militär- und Geheim-



China and Taiwan Malaysia Vietnam Brunei Philippines

dienstabkommen in der Region ab, ob daraus aber ein dauerhaftes multinationales Bündnis entstehen könnte, scheint aktuell mehr als fraglich. Zu unterschiedlich sind die jeweiligen Interessen und individuellen Konflikte der möglichen beteiligten Staaten. So haben Frankreich und Deutschland etwa kein Interesse daran, sich im Rahmen einer Beistandspflicht von den USA in einen Pazifikkrieg hineinziehen zu lassen. Zudem ist unklar, welches Land in der Region die Führung in einem solchen Bündnis übernehmen könnte.

Stattdessen wird die Zusammenarbeit zwischen der NATO und Ländern wie Japan und Südkorea immer weiter ausgebaut. Bereits seit 2022 nehmen beide Länder dauerhaft an den Ministertreffen und Gipfeltreffen der NATO teil. Auch Vertreter:innen aus Australien und Neuseeland sind gern gesehene Gäste der NATO. Mit allen Beteiligten verhandelt die NATO aber nicht nur über Möglichkeiten und Strategien, um den Einfluss Chinas, Russlands und Nordkoreas in Asien und dem Pazifik einzudämmen, sondern passt auch militärische Strukturen an, damit die Armeen der verschiedenen Staaten in die Lage kommen, sich in Kriegen gegenseitig zu unterstützen und gemeinsam kämpfen zu können. Dafür müssen Munitionstypen, Kommunikationsmethoden und Abläufe angeglichen und abgestimmt werden.

Stravridis schlägt hier eine Ausweitung des Engagements der NATO vor, sodass man gemeinsam mit den „asiatischen Demokratien“ moderne Waffensysteme anschaffen und

diesen zusätzlich „klar artikulierte Sicherheitsgarantien“ geben sollte. Neben Australien, Neuseeland, Japan und Südkorea bringt Stravridis die Philippinen, Thailand und Singapur für solche Überlegungen ins Spiel. China seinerseits betrachtet solche Vorstöße als Bedrohung für die regionale Sicherheit.

Eskaliert der Konflikt?

Auch wenn heute noch nicht absehbar ist, wie sich der Konflikt zwischen den USA und ihren Verbündeten in der Region mit China im Einzelnen weiter entwickelt, so zeigen die unvereinbaren Interessen doch, dass es keine Frage ist, ob es hier zu einer Eskalation und direkten Konfrontation kommt, sondern vielmehr wann.

Dabei dürfte die Möglichkeit, einen solchen Konflikt auf eine bestimmte Region zu begrenzen deutlich geringer sein, als das zur Zeit in der Ukraine der Fall ist. So würde eine Eskalation in einem der beteiligten Länder aufgrund zahlreicher Militärstützpunkte der USA unweigerlich zu deren Kriegseintritt führen. Damit steuert die Welt absehbar auf den nächsten großen Krieg zu.

Ein weiterer Faktor, mit dem die Beteiligten auf allen Seiten rechnen müssen, ist die Arbeiter:innenklasse, die in solch einem eskalierenden Konflikt nichts zu gewinnen hat, sondern auf den zukünftigen Schlachtfeldern verheizt werden würde. Sie ist die einzige Kraft, welche die unweigerliche Eskalation verhindern und beenden kann.

Europäische Faschist:innen formieren sich neu

AfD, Meloni, Orban, Le Pen — nach der Europawahl haben sich Teile der europäischen Ultrarechten und Faschist:innen in neuen Bündnissen zusammengeschlossen. Dabei geht es nur vordergründig um die Frage, wie gemäßigt oder radikal die Parteien sich öffentlich geben wollen. Vielmehr steht hinter den neuen Bündnissen harte Geostrategie.

Nur nicht gemeinsam im Bistro gesehen werden! Im Februar traf die AfD-Vorsitzende Alice Weidel die Galionsfigur der französischen Rechten Marine Le Pen in einem Pariser Restaurant. Letztere legte offenbar Wert darauf, das Lokal nicht gemeinsam mit Weidel zu verlassen. Ein Foto mit der AfD-Chefin konnte sie im anstehenden Europawahlkampf nicht gebrauchen.

Die AfD war kurz zuvor durch Recherchen der Medienplattform Correctiv in Bedrängnis geraten. Bei einem Treffen in Potsdam hatten AfD-Mitglieder zusammen mit Personen aus CDU, Werteunion und der Identitären Bewegung unter anderem über die Deportation von Migrant:innen diskutiert. Hunderttausende Menschen in Deutschland beantworteten die Enthüllung mit Massenprotesten, wie sie das Land seit Jahren nicht gesehen hatte. Le Pens Partei „Rassemblement National“ (RN) versuchte sich im Wahlkampf ein bürgerlich-gemäßigtes Image zuzulegen. Unter dem Parteivorsitzenden Jordan Bardella, der ebenfalls an dem Essen mit Weidel teilnahm, holte der RN Anfang Juni tatsächlich ein Rekordergebnis und wurde bei der Europawahl stärkste Kraft in Frankreich. Die AfD war auf Betreiben Le Pens kurz zuvor noch aus der gemeinsamen Fraktion im EU-Parlament ausgeschlossen worden – nachdem sich deren Spitzenkandidat Maximilian Kraus wohlwollend über die SS geäußert hatte.

Geht es nur um Taktik?

Eine Auseinandersetzung auf rein taktischer Ebene, könnte man meinen. Denn Marine Le Pen, der Tochter des langjährigen französischen Vorzeige-Faschisten und Antisemiten Jean-Marie Le Pen, dürfte man ihre Läuterung zur gemäßigten Konservativen ebenso wenig abnehmen wie Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni.

Letztere behauptete nach ihrer Wahl 2022 schamlos, sie habe noch nie Sympathien für die faschistische Diktatur unter Benito Mussolini gehegt – obwohl sie noch im Wahlkampf dessen Slogan „Gott, Familie und

Vaterland“ verwendet hatte und die Flamme der Mussolini-Faschist:innen bis heute das Symbol ihrer Partei „Fratelli d’Italia“ bildet. Le Pen wiederum benannte die von ihrem Vater gegründete Partei „Front National“ um und schloss den Patriarchen aus ihren Reihen aus, als dieser sich der neuen Tonlage nicht fügen wollte. Inhaltlich stehen beide Parteien weiterhin für einen autoritären Umbau des Staates, Angriffe auf die Arbeiter:innenklasse, die Abwehr und Entrechtung von Migrant:innen sowie eine frauen- und LGBTI+ feindliche Politik.

Sie unterscheiden sich damit im Wesen nicht von der AfD: Diese tritt jedoch immer radikaler auf, während jene ihre faschistische Linie lieber hinter einem sorgsam inszenierten gutbürgerlichen Image verbergen.

Die geostrategische Ausrichtung der Faschist:innen

Trotzdem geht es bei den Auseinandersetzungen innerhalb der europäischen Rechten um deutlich mehr als nur die Frage des Auftretens. Dies wurde spätestens beim AfD-Parteitag Ende Juni wieder deutlich, als die Partei über ihre außenpolitische Ausrichtung diskutierte. Bei der Debatte über die künftige deutsche Politik gegenüber Russland und China und die Transformation der EU zu einem „Bund europäischer Nationen“ ging es um nicht mehr und nicht weniger als den Entwurf einer neuen deutschen Geostrategie.

Die AfD tritt für eine Abkehr von der transatlantischen Bündnispolitik ein, die der deutsche Imperialismus seit 1945 eingeschlagen hat. Statt der Anlehnung an die USA und des Interessenausgleichs mit Frankreich im Rahmen der EU will sie Deutschland aggressiv zur Führungsmacht über Mitteleuropa entwickeln, die sich im Bündnis mit einer anderen Großmacht wie Russland oder China langfristig die Kontrolle über den Superkontinent Eurasien teilt. Diese geostrategische Ausrichtung ist kein Alleinstellungsmerkmal der deutschen Faschist:innen, sondern so alt wie der deutsche Imperialismus selbst und auch in den anderen bür-

gerlichen Parteien und Kapitalkreisen verankert, wenn auch als Minderheitenposition.

Und genau hier liegt der inhaltliche Unterschied der AfD zu Le Pen und Meloni, die beide inzwischen auf eine transatlantische Ausrichtung umgeschwenkt sind. Dies hat Götz Kubitschek, ein AfD-naher Ideologe, zutreffend dargelegt. Angesichts des AfD-Ausschlusses aus der ID-Fraktion im Europaparlament schrieb er in seiner Zeitschrift „Sezession“, der Ausschluss sei „auf Betreiben Marine Le Pens“ erfolgt und „eine Entscheidung für ein transatlantisches und gegen ein mitteleuropäisches Europa-Konzept“. Le Pen sei in den vergangenen Monaten „unter immensen Druck gesetzt“ worden, nun habe sie sich für eine neue konservative Großfraktion als „US-amerikanischen Ableger“ entschieden. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban, der eng mit der amerikanischen Rechten verbunden sei, fungiere als deren Strippenzieher in Europa und arbeite gegen eine Politik der Eigenständigkeit und Unabhängigkeit „zwischen den Blöcken“.

Neue Fraktionen im EU-Parlament

Tatsächlich haben sich die europäischen Rechtsparteien nach der Europawahl in neuen Bündnissen zusammengeschlossen. Die von Viktor Orban Anfang Juli initiierte Fraktion „Patrioten für Europa“ umfasst unter anderem die ungarische Fidesz-Partei, Le Pens RN, die österreichische FPÖ und die italienische Lega und bildet inzwischen die drittstärkste Fraktion im EU-Parlament. Melonis „Fratelli“ verbleiben mit der polnischen PiS und anderen Parteien bei den „Europäischen Konservativen und Reformern“.

Die AfD bildet zusammen mit kleineren Parteien die Fraktion „Europa souveräner Nationen“ und ist damit

innerhalb der europäischen Rechten relativ isoliert: Ein Ausdruck davon, dass die US-orientierten Rechten neue Bündnispartner gewinnen konnten. Womöglich sind Le Pen, Meloni und ihre Partner zu dem Ergebnis gekommen, dass die Abkehr von der transatlantischen Außenpolitik und die Annäherung europäischer Staaten an Russland unter den heutigen



Thomas Stark analysiert die Entwicklung der faschistischen Kräfte in Deutschland und Europa.

Bedingungen vor allem der deutschen Geostrategie nützen würde. Oder sie haben sich strategisch dazu entschieden, im Windschatten der USA zu segeln, um ungestört ihre eigene Agenda voranzutreiben und zu erstarken.

Die strategischen Differenzen zwischen Europas Rechten können aber über eines nicht hinwegtäuschen: Alle ihre Flügel sind in den letzten Jahren erheblich erstarkt.

Landtagswahlen in Ostdeutschland: Ende des alten Parteiensystems?

Im September wählen die Menschen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg neue Landtage. Umfragen sagen Erd- rutschsieg der AfD vorher. Die neue Partei BSW könnte aus dem Stand zweistellige Ergebnisse einfahren. Wie ist die Neuordnung der Parteienlandschaft einzuschätzen?

A bsturz in die Bedeutungslosig- keit? Glaubt man einer Umfrage von Ende Juni, könnte der Minder- heitsregierung von Bodo Ramelow in Thüringen am 1. September eine beispiellose Abwahl drohen. Die Koalition des Linkspartei-Minister- präsidenten, der noch SPD und Grü- ne angehören, käme demnach auf höchstens ein Viertel der Stimmen. 2019 kam die Linke noch auf 31 Pro- zent, heute rangiert sie zwischen 11 und 14 Prozent.

ten-, frauen- und LGBTI+ Politik füh- ren und die faschistische Bewegung auf viele Arten stärken.

Was bedeutet der Aufstieg des BSW?

Dass es so kommt, ist aber noch kei- neswegs ausgemacht. Denn mit dem neuen „Bündnis Sahra Wagenknecht“ (BSW) steht in diesem Jahr eine neue Option auf dem Wahlzettel, die im Osten aus dem Stand auf zweistellige Ergebnisse kommen könnte und aktuell in Sachsen und Thüringen als drittstärkste Kraft gehandelt wird.

Das BSW hat sich unter seiner Führungsfigur Sahra Wagen- knecht Anfang des Jahres von der Linken abgespalten und einen neuen Kurs eingeschlagen. Wagenknecht gibt sich als Stimme der Arbeiter:innenklasse aus und will zugleich das industrielle Unternehmertum in Deutschland stärken. Sie fordert bes- sere Löhne und Renten und hetzt im nächsten Satz gegen Geflüchtete und Migrant:innen. In der Programmatik des BSW sollen der Nationalstaat ge- stärkt und die Außengrenzen hoch- gezogen werden.

Vor allem aber treten Wagenknecht und das BSW erklärtermaßen für eine neue deutsche Außenpolitik ein. Vordergründig geht es dabei um Pazifismus, etwa wenn die Par- tei „die Lösung von Konflikten mit militärischen Mitteln“ grundsätzlich ablehnt und Diplomatie statt Waf- fenlieferungen fordert. Dies bezieht Wagenknecht ausdrücklich auf den Ukraine-Krieg, bei dem sie eine zü- gige Verhandlungslösung mit Russland anstrebt.

Der Kernpunkt bei Wagenknechts außenpolitischer Linie, die diesen Positionen zugrunde liegt, ist je- doch vor allem die Abkehr von der transatlantischen Bündnispolitik der Nachkriegszeit: „Unser Ziel ist ein eigenständiges Europa souveräner De- mokratien in einer multipolaren Welt und keine neue Blockkonfrontation, in der Europa zwischen den USA und dem sich immer selbstbewusster formierenden neuen Machtblock um China und Russland zerrieben wird“.

Dementsprechend forderte die BSW- Bundestagsgruppe im Juni einen „Stopp der Nato-Expansion in Europa und Asien“.

Neue deutsche Außenpolitik?

Das BSW vertritt damit eine ähnl- iche außenpolitische Ausrichtung wie die AfD, die sich ebenfalls seit Jahren pazifistische Parolen auf die Fahnen schreibt und die Nato kritisiert. Beide treten zugleich – wenn auch mit et- was unterschiedlichem Tonfall – für eine Stärkung der Bundeswehr ein (das BSW will diese für den Verteidi- gungsfall „angemessen ausgerüstet“ sehen, während die AfD auch offen für die Wehrpflicht wirbt).

Der Effekt der Positionierung des BSW und seines Erstarkens ist jedoch, dass die neue Partei das Eintreten für eine diplomatische Lösung im Ukra- ine-Krieg und die damit verbundene Abkehr von der bisherigen Nato-Poli- tik erstmals für andere Parteien an- schlussfähig macht. Denn auch in SPD und Union sind die Kräfte mit dieser Position und zum Teil guten Beziehungen nach Russland nicht weg. Auch wenn die SPD mit ihrem Ex-Kanzler Schröder den wichtigsten Protagonisten einer eigenständigeren deutschen Geostrategie der letzten Jahrzehnte zu Kriegsbeginn geop- fert hat: Mit dem Vorstoß von Frak- tionschef Rolf Mützenich im März im Bundestag, der ein Einfrieren des Ukraine-Krieges ins Spiel gebracht hat, ist diese Position der Diplomatie mit Russland in der Sozialdemokratie erstmals wieder aus der Deckung ge- kommen – und zwar in Absprache mit dem Kanzleramt.

CDU und SPD schließen Koalitionen mit dem BSW nach den Landtags- wahlen nicht aus. Ohne diese Option hätten sie auch wahrscheinlich kei- nerlei Regierungsmöglichkeit mehr. Spätestens bei den entsprechenden Verhandlungen könnte es aus ihren Reihen auch zu Annäherungen in au- ßenpolitischen Fragen kommen. Für beide Parteien wäre damit das Pro- blem gelöst, in der Russlandpolitik Positionen wiederzubeleben, die seit zwei Jahren faktisch tabu waren – und das ohne dabei die „Brandmauer“

zur AfD einreißen zu müssen. Dassel- be gilt für eine noch radikalere Migra- tions- und Flüchtlingspolitik: Auch hier liefert das offensive Auftreten des BSW den anderen Parteien die Vorlage dafür, diese Positionen selbst einzunehmen.

Mit anderen Worten: Das BSW erfüllt in der heutigen politischen Land- schaft die Funktion, radikalere Posi- tionen salonfähig zu machen und die anderen bürgerlichen Parteien damit nach rechts zu ziehen.

Polarisierung der Arbeiter:innenklasse

Die Landtage in Ostdeutschland ha- ben damit das Potential, zum politi- schen Versuchslabor für die gesamte BRD zu werden. Auch wenn AfD und BSW in Westdeutschland im Durch- schnitt bislang schwächer sind als im Osten, konnten sie bei der Euro- pawahl auch dort in einigen Arbei- terbezirken punkten. Die veränderte Parteienlandschaft kündigt aber Ver- änderungen im ganzen bürgerlichen Lager an, nämlich hin zu einer radi- kaleren arbeiterfeindlichen Politik – ob in Form von rassistischer Hetze, Aufrüstung oder einer aggressiveren Weltmachtspolitik Deutschlands.

Die Arbeiter:innenklasse wird dem- nur etwas entgegensetzen können, wenn sie sich als eigenständige poli- tische Kraft formiert und weder den bürgerlichen Parteien, noch der fa- schistischen AfD, noch dem BSW als Motor für die Radikalisierung der So- zialdemokratie und des bürgerlichen Lagers hinterherläuft. Vor allem aber muss sie ihre eigene Spaltung über- winden, die sich etwa in der Emp- fänglichkeit für migrationsfeindliche Parolen und in den Zuwächsen für AfD und BSW in proletarischen Be- zirken ausdrückt.

Der Untergang einer reformistischen Partei wie der Linken kann der Vor- bote eines Rechtsrucks in Deutsch- land sein – oder aber die Chance für eine wirklich fortschrittliche, revolu- tionäre Ausrichtung der Arbeiter:in- nenklasse.



Die wahrscheinliche Abwahl Ramelows ist nur ein Symptom für die sich abzeichnende Neuordnung der Parteienlandschaft in Ostdeutschland.

Wenn am 1. September in Sachsen und Thüringen und am 22. September in Brandenburg gewählt wird, könnte die AfD in allen drei Ländern als stärkste Kraft hervorgehen. Ihre Umfragewerte reichen von 23 Prozent in Brandenburg bis 31 Prozent in Sachsen. Kommt es zu diesem Ergebnis, dürfte es auch den Kräften in der CDU und anderen Parteien Auftrieb verleihen, welche die „Brandmauer“ zur AfD einreißen und eine offene Zusammenarbeit mit ihnen beginnen wollen. Eine solche würde aber zwangsläufig zu einer Verschärfung der reaktionären, arbeiter-, migran-

Die KPD im Kampf gegen den Faschismus

Wo Unterdrückung ist, gibt es Menschen, die sich wehren. Der Widerstand gegen den Hitler-Faschismus hat vielen von ihnen das Leben gekostet. Besonders Kommunist:innen wurden als politische Gegner:innen brutal verfolgt. Ihr Vermächtnis bleibt nur lebendig, wenn wir selbst aktiv werden. Ein Kommentar von Ivan Barker.

Am 18. August 1944 wird ein politischer Häftling von SS-Mitgliedern aus einem Gefängnis in das Konzentrationslager Buchenwald gebracht. Er wird dort mit mehreren Schüssen ermordet, seine Leiche sofort verbrannt. Nach dem Mord fragt einer der Henker seinen Vorgesetzten, um wen es sich gehandelt hatte. Er antwortet: „Das war der Kommunistenführer Thälmann“. In den Zeitungen Hitler-Deutschlands erscheint hingegen die Randnotiz, dass der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands bei einem Bombenangriff auf das Lager ums Leben gekommen sei. Nach der Niederlage der Nazis fand sich der direkte Befehl Hitlers an Himmler, Thälmann zu exekutieren.

Genau einen Monat nach Thälmann, am 18. September 1944, wird auch die zuvor im Untergrund aktive operative Leitung der KPD ermordet. Anton Saefkow, Franz Jacob und Bernhard Bästlein gehören heute zu den weniger bekannten Namen des antifaschistischen Widerstandes. Werden sie im staatlichen Gedenken zwar erwähnt, wird ihre Bedeutung für die KPD doch meist unter den Tisch gekehrt.

Kampf gegen die Kommunist:innen

Es war kein Zufall, dass gerade 1944 viele Widerstandskämpfer:innen ermordet wurden. Die Wehrmacht wurde an allen Kriegsfrenten zurückgedrängt und das Attentat von Graf von Stauffenberg auf Hitler war nur knapp gescheitert. So ließen die Faschist:innen in ihrem Untergangskampf noch einmal eine Welle des Terrors gegen ihre Gegner:innen los.

Ebenfalls kein Zufall war die Tatsa-

che, dass ihre Opfer zahlreiche Kommunist:innen waren. So wie die Mitglieder der KPD vor dem Machtantritt der Faschist:innen am konsequentesten für die Interessen der Arbeiter:innen gekämpft hatten, so taten sie es auch danach. Wo die Faschist:innen zuvor gegen die „jüdisch-bolschewistischen Feinde“ hetzten, warfen sie mit ihrer neu gewonnenen Macht die Kommunist:innen als erstes in die frühen Konzentrationslager. Nur wenige konnten der Massenverhaftungswelle 1933, in der auch Thälmann verhaftet worden war, entkommen.

Den Faschismus an der Wurzel packen

Die Faschist:innen hatten auch allen Grund, sich nicht nur vor der Roten Armee, sondern auch den Kommunist:innen in Deutschland zu fürchten. Nicht wegen ihrer antikomunistischen und antisemitischen Erzählungen, die Kommunist:innen seien Teil einer mystischen geheimen Weltverschwörung – an diese glaubten wohl die wenigsten Nazifunktionäre selbst. Dafür waren aber die Kommunist:innen in der Lage, den von Weltkrieg und Wirtschaftskrisen geplagten Arbeiter:innen eine wirkliche Alternative anzubieten und sie für den Kampf dafür zu mobilisieren.

Es waren die KPD, ihre Massenorganisationen und ihre Sympathisant:innen, die als erstes die Gefahr des aufkommenden Faschismus in den 1920er Jahren erkannten und dementsprechend aktiv wurden. Dabei beschäftigte sich ihre Theorie vom Faschismus auch mit den gesellschaftlichen Ursprüngen und Bedingungen für seine Entstehung, und nicht nur mit den braunen Schlägertruppen auf der Straße. Die sich verschärfenden Kri-

sen des Kapitalismus und eine starke Arbeiter:innenbewegung machten bisherige Herrschaftsformen der Kapitalist:innen zu instabil, sodass sie zur Rettung ihrer Macht zu härteren Mitteln greifen mussten.

Zur Einschätzung der KPD gehörte auch die Frage, welche Haltung die Sozialdemokratie dem Faschismus gegenüber einnimmt. Als Vertretung der Interessen der Kapitalist:innen innerhalb der Arbeiter:innenbewegung stellte sie keinen verlässlichen Bündnispartner dar. So führte vor allem die SPD-Spitze lieber ihren Kampf gegen die Kommunist:innen fort, zum Beispiel indem sie revolutionäre Arbeiter:innen aus den SPD-geführten Gewerkschaften ausschloss. Den Faschist:innen ließen sie hingegen weiträumig freie Fahrt. Die Dienste, die ihre Partei damit den Kapitalist:innen leistete, nützte vielen ihrer einfachen Mitglieder später dennoch nicht. Sie wurden ebenfalls von den Nazis verhaftet und ermordet.

Konsequenter Antifaschismus heute

80 Jahre später stellt sich für uns heute erneut die Frage, wie konsequenter Antifaschismus aussieht und mit welchen Kräften wir dem Rechtsruck Einhalt gebieten kön-

nen. Dabei waren in der Geschichte stets die aktivsten Kämpfer:innen gegen den Faschismus diejenigen, die eine bessere Welt zu gewinnen hatten – und nicht solche, die in erster Linie den bürgerlich-demokratischen, kapitalistischen Status-Quo erhalten wollten. Ein entschlossener Kampf gegen die AfD, rechte Ideolog:innen und Terrornetzwerke benötigt klassenkämpferische Politik, die neben Gegenprotesten auch ein positives Ziel zu bieten hat, für das es sich zu kämpfen lohnt.

Lehren aus der Zeit des Hitler-Faschismus als Floskeln zu ziehen ist deswegen kaum etwas wert. Worauf es ankommt, ist ob wir uns als Arbeiter:innen für unsere gemeinsamen Interessen als Klasse in Bewegung setzen.

Kämpfen wir konsequent gegen den Faschismus und seinen Ursprung, den Kapitalismus – dann sind es auch keine leeren Worte, sondern ein konkretes Versprechen, wenn wir uns auf den Schwur von Buchenwald berufen: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“



Bundesarchiv, B 145 Bild-P046279 / Weinrother, Carl / CC-BY-SA 3.0

Satirisches Gedicht: Rosen auf den Weg gestreut

Rosen auf den Weg gestreut
Ihr müßt sie lieb und nett behandeln,
erschreckt sie nicht – sie sind so zart!

Ihr müßt mit Palmen sie umwandeln,
getreulich ihrer Eigenart!
Pfeift euerm Hunde, wenn er kläfft –
Küßt die Faschisten, wo ihr sie trifft!

Wenn sie in ihren Sälen hetzen,
sagt: »Ja und Amen – aber gern!
Hier habt ihr mich – schlägt mich in Fetzen!«

Und prügeln sie, so lobt den Herrn.
Denn Prügeln ist doch ihr Geschäft!
Küßt die Faschisten, wo ihr sie trifft.

Und schießen sie –: du lieber Himmel,
schätzt ihr das Leben so hoch ein?
Das ist ein Pazifisten-Fimmel!
Wer möchte nicht gern Opfer sein?
Nennt sie: die süßen Schnuckerchen,
gebt ihnen Bonbons und Zuckerchen...

Und verspürt ihr auch
in euerm Bauch
den Hitler-Dolch, tief, bis zum Heft:
Küßt die Faschisten, küßt die Faschisten,
küßt die Faschisten, wo ihr sie trifft!

Kurt Tucholsky

Jugend zwischen Krieg und Krise

Wieso der Kapitalismus Jugendlichen aus der Arbeiter:innenklasse keine Perspektive bieten kann und warum es sich lohnt, trotzdem nicht den Kopf in den Sand zu stecken. - Ein Kommentar von Alex Lehmann.



Spätestens am 10. September beginnt das neue Schuljahr für tausende Schüler:innen in Deutschland. Für viele von ihnen bedeutet das: Auch Prüfungsstress, Leistungsdruck, Schlafprobleme und Mobbing kehren zurück in den Alltag.

Für diejenigen, die in diesem Jahr ihren Schulabschluss gemacht haben oder dem näher kommen, stellt sich indessen die Frage, was sie eigentlich mit ihrem Leben anfangen sollen: Lieber einen Ausbildungsplatz suchen oder doch studieren? Vielleicht ein FSJ oder erst einmal ein Jahr durch die Welt reisen?

Dabei merkt man schnell, dass diese durchaus schwierigen Fragen oft schon von den äußeren Umständen beantwortet werden. Ohne Abitur wird es auch zunächst nichts mit dem Studium. Und um das an einer Abendschule nachzuholen oder sich über Umwege das Fachabitur zu ergattern, braucht es vor allem eins: Geld.

Wer dann nicht auf die finanzielle Unterstützung der eigenen Familie oder ähnliches zählen kann, hat plötzlich gar nicht mehr so viele Optionen offen. So kommt es auch, dass noch immer überdurchschnittlich viele Studienanfänger:innen und Menschen mit Bachelor- und Masterabschlüssen aus Elternhäusern stammen, in denen es bereits Hochschulabschlüsse gibt.

Wir sehen: Wer welche Bildungschancen hat, ist in Deutschland immer noch eine Frage der sozialen Herkunft und somit auch eine Klassenfrage. Kinder aus Arbeiter:innen Familien werden weniger wahrscheinlich studieren. Und auch wenn sie studieren, werden sie weiterhin mit Geldproblemen zu kämpfen haben und dazu gezwungen sein neben, dem Studium arbeiten zu gehen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Bildung ist Klassenfrage!

Die vermeintliche „Chancengleichheit“ wird im deutschen Bildungssystem aber schon lange vor dem ersten Abschluss begraben. Durch die oben bereits angesprochene Frage der Herkunft, entscheidet sich eigentlich schon bei der Geburt, welche Perspektiven das kapitalistische System einem zu bieten hat.

Je nachdem in welche Klasse man hineingeboren wird, entscheidet sich, ob man als Kind wohlhabender Kapitalist:innen auf ein Elite-Internat mit Karriere-Garantie geht, lernt die eigene Meinung zu vertreten und sich durchzusetzen. Auf der anderen Seite der Schere lernen Schüler:innen an Hauptschulen, wie man Anträge ans Arbeitsamt ausfüllt. Und dazwischen gibt es Millionen, die auf der Gesamtschule oder dem Gymnasium ihr Abitur machen und danach trotzdem ihre Arbeitskraft an die Kapitalist:innen verkaufen müssen.

Das ist der reale Gegensatz, den es so in unserem kapitalistischen Bildungssystem gibt. Denn es ist grundsätzlich darauf ausgelegt, die Schüler:innen, die es durchlaufen auf ihre spätere Rolle in der Gesellschaft vorzubereiten.

Und in der Klassengesellschaft bedeutet das eben entweder als Ausbeuter:in von der Arbeit anderer zu leben oder dazu gezwungen sein, die eigene Arbeitskraft zu verkaufen, um über die Runden zu kommen.

Pandemie, Klimakrise, Krieg, Faschismus – sind wir noch zu retten?

Während wir uns in den letzten Jahren durch das Bildungssystem gequält haben, wurden wir von mehreren schweren Krisen erschüttert: Angefangen mit der Corona-Pandemie

über das stetige Voranschreiten des Klimawandels, die Kriege in der Ukraine und in Gaza bis hin zum Aufstieg der AfD.

Für viele sind das Faktoren, die zur wachsenden Perspektivlosigkeit und Angst vor der Zukunft beitragen. Wer will schon in Schule oder Uni sitzen und den ganzen Tag irgendetwas lernen, in dem Wissen, dass wir jeden Tag näher an den Abgrund der Klimakrise rücken?

Wer kann sich ernsthaft in den Politikunterricht setzen und sich das Geschwafel über die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ und „Menschenwürde“ anhören, während gerade in ihrem Namen Kriege auf der ganzen Welt geführt werden? Wenn uns der Kriegsminister Pistorius nach unserer Schulzeit am liebsten gleich mit an die Front schicken will? Wenn ein paar tausend Kilometer weiter zeitgleich israelische Bomben mit deutscher Unterstützung Kinder töten, Schulen und Universitäten in Schutt und Asche legen?

Bei vielen Jugendlichen führt das zu Hoffnungslosigkeit und dem erdrückenden Gefühl, dem ganzen einfach so ausgeliefert zu sein ohne etwas tun zu können. Aber so ist es nicht.

Wer nicht kämpft, hat schon verloren

Überall auf der Welt gibt es Menschen in sozialen Bewegungen und klassenkämpferischen Organisationen, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung wehren. Die gerade wegen der Ungerechtigkeit und Unterdrückung aktiv werden und nicht den Kopf in den Sand stecken.

Denken wir zum Beispiel an die Proteste nach der Ermordung des 17-jährigen Franzosen Nahel M. im Juni 2023. Sein Tod entfachte eine Welle von Aufständen. Die Jugendlichen

Frankreichs verschafften ihrer Wut über diese Ungerechtigkeit Ausdruck und über Tage hinweg brannte es in den Straßen des Landes.

Diese Aufstände erfassten nicht nur die Vororte der französischen Hauptstadt, sondern das ganze Land. Über das Internet erfuhren Menschen auf der ganzen Welt von dem rassistischen Polizeimord und forderten Gerechtigkeit für Nahel.

Oder nehmen wir die weltweiten Studierendenproteste, die als Reaktion auf den Vernichtungskrieg der israelischen Regierung in Gaza entstanden. Angefangen mit der Campusbesetzung an der Columbia-Universität in den USA, verbreitete sich der Protest weltweit wie ein Lauffeuer.

In Kanada, Australien, Japan, Indien, Jemen, Ägypten, Deutschland, Spanien, Belgien, England und anderen Ländern nahmen sich Student:innen ihre Universitäten, um gegen die aktuelle Eskalation des Kriegs in Gaza und die seit Jahrzehnten andauernde Unterdrückung der Palästinenser:innen zu protestieren.

Es gibt dutzende weitere Beispiele. Sie alle beweisen uns, dass der Lauf der Geschichte nicht einfach gesetzt ist. Dass es, frei nach Ulrike Meinhof, sehr wohl möglich ist, zu sagen: Das und das passt mir nicht und ich mache nicht mehr mit. Und ich Sorge sogar dafür, dass alle anderen auch nicht mehr mitmachen.

Und ja: Trotzdem haben wir es noch nicht geschafft, das System umzuwälzen und haben weiterhin mit Faschismus, Krieg, dem Bildungssystem, Armut und Perspektivlosigkeit zu kämpfen. Aber wer nicht kämpft, hat schon verloren.

Sommerarbeitslosigkeit: Dauerthema für angestellte Lehrer:innen

Ende des Schuljahres und sechs Wochen Sommerferien - für angestellte Lehrer:innen ist dies häufig kein Grund zur Freude, denn oft werden sie über die Ferien entlassen und erst zum neuen Schuljahr wieder eingestellt. Leider ist dies bei weitem nicht die einzige Ungerechtigkeit an deutschen Schulen. Einen kleinen Einblick gibt Jens Ackerhof, selbst seit mehreren Jahren angestellter Lehrer.

„Aber immerhin habt ihr lange Ferien!“ So oder so ähnlich lautet häufig der abschließende Kommentar, wird man als Lehrer:in auf seinen Beruf angesprochen. Das „immerhin“ bezieht sich dabei auf den katastrophalen Zustand des Bildungssystems. Unter diesem leiden natürlich vor allem die Schüler:innen. Statt ihre Neugier zu wecken und Eigenständigkeit zu fördern, geht es dem Schulsystem im Kapitalismus vor allem darum, sie in den Arbeitsmarkt zu quetschen. Wer dann nicht allen Anforderungen genügt, hat meist nur Chancen auf diese Jobs.

Ungerechte Bewertung für Schüler:innen, unbezahlte Arbeit für Lehrer:innen

Als angehender Lehrer sehe ich selbst oft, wie unfair Schule sein kann – wie zum Beispiel das Bewertungssystem an Hamburger Stadtteilschulen, der Hamburger Variante der Gesamtschule. Dort gibt es andere Noten als an den Gymnasien. Das heißt: Schüler:innen an Stadtteilschulen werden faktisch benachtei-

ligt, wenn sie mit Schüler:innen aus den Gymnasien verglichen werden. Doch auch Lehrer:innen arbeiten unter einem belastenden System. Eine befreundete Klassenlehrerin klagt beispielsweise darüber, dass sie es an manchen Arbeitstagen kaum schafft, Pausen zu nutzen oder auch nur auf Toilette zu gehen. Denn mit der Pausenglocke kommen auch etliche Anliegen und Planungsgespräche, die „einfach nicht warten können“. Ob in oder außerhalb der Schule, Lehrer:innen leisten oft unbezahlte Mehrarbeit.

Sommerarbeitslosigkeit: Vor allem Referendar:innen sind betroffen

Sind „immerhin lange Ferien“ dabei ein Lichtblick? Nicht für viele befristet angestellte Lehrkräfte! Noch immer werden viele von uns zu den Sommerferien entlassen, nur um dann zum Schuljahr wieder eingestellt zu werden. Dies war auch bei mir in den letzten drei Jahren, in denen ich mir mit Lehraufträgen mein Studium finanzierte, der Fall. Eine Statistik der

Bundesagentur für Arbeit für das Jahr 2023 zeigt, wie gängig die Praxis noch ist. Rund die Hälfte der Arbeitslosmeldungen fiel in Bayern und Hamburg auf den Beginn der Sommerferien, in Baden-Württemberg 58 %. Einige Bundesländer haben mittlerweile die Sommerarbeitslosigkeit durch Regeln eingeschränkt. Auch auf Druck der Gewerkschaften hin werden in Baden-Württemberg in diesem Sommer zum ersten Mal auch Lehrer:innen mit befristeten Verträgen weiterbezahlt.

Referendar:innen profitieren davon allerdings nicht. Denn wer das Referendariat (heute: „Schulvorbereitungsdienst“) beendet, steigt in aller Regel nicht nahtlos in die reguläre Beschäftigung ein. Je nach Bundesland entsteht dabei eine Lücke von sechs Wochen (Baden-Württemberg), bis zu ganzen vier Monaten (NRW). Das Problem: Auf Arbeitslosengeld haben die fertig ausgebildeten Lehrer:innen keinen Anspruch. Im Vorbereitungsdienst werden wir als „Beamte auf Widerruf“ beschäftigt. Das bedeutet, dass weder Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt

noch ein Anspruch auf diese erhoben werden kann.

Für gerechte Bildung – gegen den Kapitalismus

Die schäbige Praxis der Sommerarbeitslosigkeit und die unbezahlte Mehrarbeit ist für Pädagog:innen leider nicht das einzige Problem. Noch immer werden in den meisten Bundesländern Grundschullehrer:innen schlechter bezahlt als Gymnasiallehrer:innen. Auch wäre ohne Sozialpädagog:innen der Unterricht an vielen Schulen kaum durchführbar. Dennoch erhalten sie ein weitaus geringeres Gehalt als Lehrer:innen. Natürlich müssen wir schon heute für unsere Rechte als Pädagog:innen und Schüler:innen kämpfen. Doch damit Schule mehr als Vorbereitung auf Lohnarbeit ist, damit tatsächliche Bildung allen offen steht, und damit der Beruf Pädagog:innen Erfüllung statt Burnout bringt, müssen wir das kapitalistische System überwinden.



Foto: Marco Verch / centil.de / CC-BY 2.0

PERSPEKTIVE » ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

<https://perspektive-online.net>

fb.com/PerspektiveOn
x.com/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline
t.me/perspektiveon
mastodon.social/@perspektiveon

V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Homarstraße 64
51107 Köln

PERSPEKTIVE » MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf dein Handy:

Kanalname bei **WhatsApp**:
Perspektive Online Newsletter

Unserem WhatsApp Kanal beitreten:
<https://whatsapp.com/channel/0029VaASVPM2P59uL22LIK2N>

Kanalname bei **Telegram**:
Perspektive Online

Unserem Telegram Kanal beitreten:
<https://t.me/perspektiveon>

PERSPEKTIVE » APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:

<https://perspektive-online.net/app>



MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“:
<https://perspektive-online.net/abo>
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“:
<https://perspektive-online.net/verein>
- **Unterstütze uns** mit einer Spende:
<https://perspektive-online.net/spenden>